

Europäische Krisenprävention und die Stärkung der OSZE

Lehren aus dem Kosovo-Konflikt für die Krisenprävention in Europa

Historikern mag es verfrüht erscheinen, bereits jetzt Lehren aus dem Kosovo-Konflikt ziehen zu wollen. Sie werden - zu Recht - darauf verweisen, daß noch viele Informationen fehlen, um die Dynamik dieses Konflikts umfassend zu begreifen. Die Politik aber muß handeln, und gerade in Südosteuropa stehen wir unter enormem Handlungsdruck, wenn ein erneutes Aufflammen von Krieg und Gewalt verhindert werden soll. Deshalb will ich den Versuch unternehmen, nach den Konsequenzen aus dem Kosovo-Konflikt für die Krisenprävention in Europa zu fragen, auch wenn mir bewußt ist, daß Antworten nur unvollständigen und vorläufigen Charakter haben können.

Der Kosovo-Konflikt markiert in mehrfacher Hinsicht einen deutlichen Einschnitt in der europäischen Politik nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation. Zum ersten Mal haben die NATO und in ihrem Rahmen die Bundeswehr ohne ein Mandat der Vereinten Nationen Kampfeinsätze außerhalb des Bündnisgebietes durchgeführt. Das militärische Eingreifen des Bündnisses in den Kosovo-Konflikt bedeutet dabei gleichzeitig das Scheitern zivilpolitischer Krisenprävention und dies in einem Fall, zu dem es seit mehr als einem Jahrzehnt eine Fülle von Frühwarnung gegeben hat. Wer heute daraus Lehren für europäische Krisenprävention ziehen will, muß sich zuallererst mit den Ursachen dieses Scheiterns auseinandersetzen. Endgültig gescheitert ist auch die Eindämmungsstrategie der internationalen Gemeinschaft gegenüber der post-jugoslawischen Krisenregion. Es war ein Irrglaube zu meinen, man könne den Konfliktherd abriegeln und dann von außen so regulieren, daß ein substantielles eigenes Engagement, auch und gerade in finanzieller Hinsicht, vermieden wird. Schließlich löste das militärische Eingreifen der NATO im Kosovo die bisher vielleicht ernsthafteste Krise im Verhältnis zu Rußland aus. Auch wenn diese Krise, wesentlich auch aufgrund deutscher Initiativen, überwunden und Rußland in eine gemeinsame Strategie eingebunden werden konnte, wäre es fahrlässig, im nachhinein die Differenzen zwischen dem westlichen Bündnis und Rußland zu bagatellisieren.

Der Kosovo-Konflikt hat die Defizite und Grenzen der politischen Konsens- und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, oder besser gesagt, der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, schonungslos offengelegt. Die Tatsache, daß die EU ohne US-amerikanische Führung heute (noch) nicht in der Lage ist, auch nur in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft voraus-

schauende Krisenprävention und effektives Krisenmanagement zu leisten, ist schlechthin nicht zu leugnen. Zusammen führen diese Entwicklungen zu einer deutlichen Zäsur, die ein einfaches "weiter so" kaum zuläßt. Politischer Veränderungsbedarf ist auf zahlreichen Ebenen auszumachen: bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, im transatlantischen Verhältnis, in der militärischen Dimension. Im Rahmen dieses Beitrags werde ich mich darauf beschränken, einige Lehren aus dem Kosovo-Konflikt für Krisenprävention in Europa und die Tätigkeit der OSZE zu ziehen.

Eindämmung ist kein taugliches Instrument zur Krisenregulierung

Eindämmungspolitik bedeutet den Versuch, einen Konflikt einzukapseln, abzuriegeln und möglichst weit von sich wegzudrücken, in der Hoffnung, daß er sich irgendwann von selbst löst. Eindämmungspolitik bedeutet, sich aus einem Konflikt so weit wie möglich herauszuhalten bzw. möglichst begrenzt und möglichst indirekt darauf einzuwirken. Eindämmung ist negativ wertneutral und hat damit keinen Bezug zu den gemeinsamen OSZE-Prinzipien. Eindämmungspolitik ist getragen von dem bornierten Eigeninteresse, die kurzfristig anfallenden Kosten zu vermeiden, die mit Einmischung, in welcher Form auch immer, verbunden sind. Eindämmung war fast ein Jahrzehnt lang die dominante Strategie der internationalen Gemeinschaft gegenüber der post-jugoslawischen Krisenregion. Spätestens durch den Kosovo-Konflikt mußte klar geworden sein, daß diese Strategie ein tragischer Irrtum war, der viele Tausende von Menschenleben und enorm viel Geld gekostet hat. Selbst unser borniertes Eigeninteresse von damals, kurzfristig Geld zu sparen, ist betrogen worden: Jetzt werden wir langfristig und erheblich mehr zahlen müssen. Mitglieder der Grünen Fraktion im Deutschen Bundestag hatten übrigens bereits Anfang der neunziger Jahre vor einer Eindämmungsstrategie gewarnt und gefordert, den Folgestaaten Jugoslawiens eine positive europäische Entwicklungsperspektive zu geben, also genau das, was jetzt im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa vorgesehen ist.

Die Alternative zu Eindämmung heißt Einmischung, wobei damit über den Charakter dieser Einmischung noch nichts ausgesagt ist. Die Legitimationsbasis für politisch-präventive Einmischung besteht in jenen OSZE-Normen, die besagen, daß schwere und fortgesetzte Verletzungen der Menschen- und Minderheitenrechte keine ausschließlich "innere Angelegenheit" des entsprechenden Landes darstellen, sondern Gegenstand des legitimen Interesses aller Teilnehmerstaaten an Stabilität und Sicherheit sind. Mit dieser fast revolutionären Verknüpfung der menschlichen mit der Sicherheitsdimension hat die KSZE/OSZE eine neue normative Basis für friedlich-zivile Einmischung geschaffen, die langfristig die Entwicklung des Völkerrechts wesentlich beeinflussen wird.

Gleichzeitig reflektiert diese grundlegende Innovation, die heute noch dem Bereich des nur politisch verbindlichen völkerrechtlichen "soft law" zuzurechnen ist, den nur schwer zu bestreitenden Tatbestand, daß die Einhaltung der grundlegenden Menschen- und Minderheitenrechte im Zeitalter einer explosionsartig wachsenden transnationalen Vernetzung nicht mehr als exklusive Domäne nationaler Souveränität betrachtet werden kann. Man kann sogar noch einen Schritt weitergehen und sagen, daß für die Aufrechterhaltung inner- wie zwischenstaatlicher Stabilität eine Strategie der Einmischung heute schlechthin unverzichtbar ist. Die Frage ist nicht mehr, *ob* Einmischung legitim ist, sondern, *welche Strategien* der Einmischung auf der Grundlage der gemeinsamen Wertebasis kooperativer Sicherheit langfristig am effektivsten sind.

Und genau hier liegt das Versagen der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem post-jugoslawischen Konflikt: Weil man sich nicht rechtzeitig dazu durchringen konnte, an die jugoslawischen Folgestaaten eine klare Einladung nach Europa auszusprechen, welche die Motive und Handlungskalküle der politischen Akteure dort zweifellos grundlegend verändert hätte, mußte man ein Jahrzehnt später, auf einem ungleich höheren Niveau der Konflikteskalation und unter vielfach höheren Risiken, zum Einsatz militärischer Mittel greifen. Am Anfang des präventiven Versagens der internationalen Gemeinschaft, im Kern der Europäischen Union, gegenüber dem post-jugoslawischen Konflikt stand die Festlegung auf eine Eindämmungsstrategie. Daraus kann heute der verallgemeinerbare Schluß gezogen werden, daß Eindämmung kein geeignetes Mittel einer wirksamen Krisenprävention darstellt.

Stabilität und Sicherheit sind eine Funktion des Zusammenwirkens aller Dimensionen der OSZE

Die Bedeutung der menschlichen Dimension für die Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität ist heute fast zum Allgemeingut geworden; eine Reihe von Präventionsinstrumenten setzt an eben dieser Verbindung an. Dasselbe kann für die wirtschaftliche Dimension bedauerlicherweise (noch) nicht behauptet werden. Erst der Stabilitätspakt für Südosteuropa vom 10. Juni 1999¹ machte unübersehbar deutlich, daß die wirtschaftliche Dimension für jede Anstrengung auf dem Gebiet der Krisenprävention bzw. der Konfliktnachsorge von zentraler Bedeutung ist. Leider ist dies erst nach einem langen blutigen Konflikt begriffen worden, und die Gefahr ist noch nicht gebannt, daß sich diese Erkenntnis allein auf die Konfliktnachsorge in einem spezifischen Fall beschränkt und weder auf die Krisenprävention im allgemeinen noch auf andere Regionen Anwendung findet. Die wirtschaftliche Dimension ist in die bisher entwickelten Präventions-

1 Abgedruckt im vorliegenden Band, S. 617-632.

instrumente unzureichend integriert, sowohl innerhalb der OSZE-Institutionen als auch im Verhältnis zwischen OSZE und Europäischer Union. Dabei war immer klar, daß das Schlüsselmotiv für die EU-Erweiterung nicht nur in der Förderung wirtschaftlicher Prosperität, sondern in der präventiven Ausweitung der europäischen Stabilitätszone nach Osten und Südosten lag. Die Europäische Union kann allerdings nur solche Länder aufnehmen, die selbst bereits ein erhebliches Maß an Stabilität aufwiesen. Von daher wirkt die krisenpräventive Aussicht auf Beitritt zur Union nur auf solche Länder, die reale Chancen darauf haben. Vernachlässigt wurde bisher der Einbau der wirtschaftlichen Dimension in Präventionsstrategien gegenüber jenen Ländern, die keine oder nur geringe oder nur sehr langfristige Beitrittschancen haben. Aus dem Kosovo-Konflikt ist erstens die unmittelbare Lehre zu ziehen, den Stabilitätspakt für Südosteuropa mit aller Konsequenz umzusetzen und dabei alle Länder der Region in substantieller Weise einzubeziehen. Die darin enthaltene Erkenntnis, daß effektive Krisenprävention ohne Integration der wirtschaftlichen Dimension nur beschränkt oder gar nicht wirksam werden kann, muß zweitens auch für die allgemeine Präventionsstrategie Anwendung finden. Dies erfordert sowohl innerhalb der OSZE als auch zwischen EU und OSZE die Entwicklung neuer Formen interinstitutioneller Kooperation und Arbeitsteilung.

Militärische Krisenintervention und zivile Prävention sind nicht beliebig kombinierbar

Oberflächlich betrachtet, versagte im Kosovo-Konflikt die zivile Prävention, während die militärische Intervention zum Erfolg führte. Nichts wäre jedoch falscher, als daraus die platte Schlußfolgerung zu ziehen, nun primär auf militärische Mittel zu setzen. Denn zum einen hat es eine konsequente Krisenprävention, die der Dimension der Herausforderung angemessen gewesen wäre, gegenüber dem Kosovo gar nicht gegeben. Zum anderen sind militärische Interventionen immer teurer und verlustreicher als zivile und, was ebenso bedeutsam ist: Sie setzen die Chancen künftiger Krisenprävention aufs Spiel. Insofern führte das militärische Vorgehen des westlichen Bündnisses, erst allein, jetzt auf der Grundlage einer VN-Resolution zusammen mit Rußland zwar zum Erfolg, dies aber vor dem Hintergrund eines vorangegangenen spektakulären Scheiterns. Militärisches Handeln allein konnte und kann diesen Erfolg niemals dauerhaft sichern. Erst die politische Wiedereinbindung Rußlands, die maßgeblich auf deutsches Drängen hin zustande kam, führte zur VN-Resolution und damit zu einer klaren Mandatslage. Wäre dies nicht gelungen, wäre der Spielraum für die politische Prävention künftiger Krisen drastisch reduziert worden.

Der Kosovo-Konflikt bietet eine gute Gelegenheit zur Analyse der Interaktion innerhalb des zentralen Kräftedreiecks aus EU, USA und Rußland, von deren Fähigkeit zur Zusammenarbeit Stabilität und Sicherheit im OSZE-Raum maßgeblich abhängen. Die Defizite der Europäischen Union bezüglich Konsensfähigkeit und Handlungsbereitschaft traten gerade deshalb so klar zutage, weil im Gegensatz zu früher gehandelt wurde. Diese Defizite betreffen nicht primär die militärischen Kapazitäten, sondern die politische Konsensfähigkeit, die Bereitschaft, jenseits traditioneller "nationaler" Interessen eine europäische Interessenposition zu definieren. Solange dies nicht gelingt, wird die Europäische Union immer wieder zu spät, gar nicht oder nur auf Initiative anderer handeln. Der Kosovo-Konflikt hat gezeigt, daß Krisenmanagement in Europa, auch im unmittelbaren regionalen Umfeld der Europäischen Union, heute nicht ohne die Führung der USA möglich ist. Auch diese Aussage will ich nicht primär auf das gewiß überlegene militärische Potential der USA beziehen, sondern auf die politische Führungsfähigkeit. Das mag manchem Europäer bitter aufstoßen, ist aber die Folge eigener Unzulänglichkeit. Die im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt gemachten Erfahrungen sollten für die EU und ihre Mitgliedstaaten Anlaß sein, ihre "nationalen" Prärogative in der Außenpolitik zumindest graduell zu überdenken. National setze ich hier deshalb in Anführungszeichen, weil ich der Ansicht bin, daß eine sinnvolle außenpolitische Interessendefinition in wachsendem Maße nur noch europäisch orientiert sein kann. Das Ziel besteht dabei darin, die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, insbesondere hinsichtlich einer präventiven Stabilisierung ihres näheren und weiteren Umfelds, zu stärken. Das Ziel besteht nicht darin, dies ohne die Vereinigten Staaten von Amerika zu tun, deren Mitwirkung an und Einbindung in die europäische Politik wir weiter wünschen. Allerdings bedarf das Verhältnis zwischen der EU und den USA einer stetigen Weiterentwicklung und Austarierung, um sich verändernde Interessenlagen und Fähigkeiten immer wieder neu zur Deckung zu bringen.

Die Tatsache, daß Rußland zu Europa gehört, darf sich nicht in feierlichen Erklärungen erschöpfen, sondern muß sich gerade in jenen Krisen bewähren, in denen EU und NATO bzw. Rußland unterschiedliche Ausgangspositionen vertreten. Um Rußland in gemeinsame Bemühungen zur Lösung des Kosovo-Konflikts einzubinden, bedurfte es der Überwindung sowohl von Positionsdifferenzen als auch einer Vertrauenskrise, die aus den unterschiedlichen Ansätzen erwachsen war. Die deutsche Bundesregierung und insbesondere Außenminister Fischer haben dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Wenn es nicht gelungen wäre, wieder einen gemeinsamen Kurs mit Rußland zu finden, dann hätte der militärische Erfolg in Sachen Kosovo politisch längerfristig wieder zur Disposition gestanden. Das Vorgehen der NATO im Kosovo-Konflikt war zu diesem Zeitpunkt und unter den gegebenen Bedingungen ohne Alternative.

Alternative Lösungsansätze hätten wesentlich früher eingeleitet werden müssen. Trotzdem oder besser gerade deswegen ist ein militärisches Vorgehen wie im Kosovo-Konflikt kein Modell für die Zukunft, sondern stellt einen Ausnahmefall dar, der sich nicht wiederholen sollte. Das gilt erst recht vor dem Hintergrund der Erwartung, daß künftige Krisenherde im OSZE-Raum vor allem im GUS-Bereich angesiedelt sein könnten, wo sich ein militärisches Eingreifen der NATO ohnehin verbieten würde.

Wer militärische Krisenintervention vermeiden will, muß rechtzeitig politische Prävention betreiben

Mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa haben zahlreiche europäische Staaten und internationale Organisationen das feierliche Versprechen abgelegt, die Konfliktnachsorge im Kosovo mit langfristig angelegter Krisenprävention für ganz Südosteuropa zu verbinden. Die erste Geberkonferenz in Sarajewo im Juli 1999 war ein erstes hoffnungsvolles Indiz dafür, daß diesmal den Worten auch Taten, sprich finanzielle Mittel, folgen werden. Sowohl hinsichtlich seines finanziellen Volumens als auch der Komplexität der zu leistenden Koordinationsaufgaben zwischen einer Vielzahl ganz unterschiedlicher Akteure stellt dieses Unternehmen eine politische Innovation auf dem Gebiet der Konfliktregulierung dar. Von seinem Erfolg oder Scheitern hängen die längerfristigen Chancen europäischer Krisenprävention wesentlich ab. Mit der Bestellung von Bodo Hombach zum Koordinator des Stabilitätspakts hat Deutschland in diesem Projekt an zentraler Stelle Verantwortung übernommen.

Der Erfolg des Stabilitätspakts hängt wesentlich davon ab, ob es den einzelnen Akteuren gelingt, für sich selbst und untereinander eine abgestimmte Strategie zu entwerfen und umzusetzen, die alle Länder der Region einbezieht. So hat etwa der Amtierende Vorsitzende der OSZE, der norwegische Außenminister Knut Vollebæk, dem Leiter der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, Botschafter Robert L. Barry, den Auftrag erteilt, eine gemeinsame Strategie für die in Südosteuropa tätigen OSZE-Missionen zu erarbeiten. Eine solche Strategie hat es bisher nur in Ansätzen gegeben, ihre künftige Umsetzung wird sowohl an den Amtierenden Vorsitz als auch an das OSZE-Sekretariat neue Anforderungen stellen. In ähnlicher Weise werden sich auch andere Akteure, gleich ob Staaten oder internationale Organisationen, selbstkritisch fragen müssen, inwieweit sie über eine integrierte Strategie für die gesamte Region verfügen.

Ungeachtet der entscheidenden Rolle des Stabilitätspakts dürfen weder andere, entferntere Regionen noch die allgemeine Entwicklung des Präventi-

onsinstrumentariums aus den Augen verloren werden. Eine Reihe von EU-Programmen, teils auf Beitrittskandidaten beschränkt, teils darüber hinausreichend, dient unter anderen präventiven Zwecken. Unter dem künftigen "Mr. GASP", dem bisherigen NATO-Generalsekretär Javier Solana, wird die EU eine eigene Frühwarn- und Strategieplanungseinheit einrichten. Auch der Europarat erfüllt in vielfältiger Weise präventive Aufgaben. All diese vielfältigen Aktivitäten bedürfen einer wesentlich wirksameren Koordinierung und dies nicht nur auf der Führungsebene, sondern auch und gerade im Tagesgeschäft vor Ort. Auch hier könnte der Stabilitätspakt für Südosteuropa, der eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure in einer gemeinsamen Anstrengung bündelt, zu einer zentralen Lernerfahrung werden. Langfristig gesehen, wird reine Koordination nicht reichen, weitergehende und kreativere Lösungen sind gefragt. Warum etwa sollten sich nicht bestimmte internationale Organisationen auf eine regionale oder fachspezifische Arbeitsteilung einigen können, die auch zur teilweisen Aufgabe bisheriger Aktivitäten führt? Warum sollte es nicht möglich sein, bisher parallel ausgeführte Aktivitäten nicht länger nur unverbindlich zu "koordinieren", sondern in einem gemeinsamen "Tochterunternehmen" aufgehen zu lassen?

Was für das Verhältnis der verschiedenen internationalen Akteure gilt, trifft auch auf das Binnenverhältnis der verschiedenen OSZE-Institutionen zu. Die OSZE ist nicht am Reißbrett entworfen worden, sondern ist das Ergebnis einer Abfolge von Institutionalisierungsimpulsen, die in Reaktion auf ganz praktische Herausforderungen entstanden. So standen etwa die Beschlüsse des Helsinki-Gipfels von 1992, welche die Schaffung einer Reihe von Präventionsinstrumenten enthalten, unter dem Eindruck des serbisch-kroatischen Konflikts und der Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft, darauf angemessen zu reagieren. Diese schubweise Entwicklung der OSZE-Struktur hat zur Entstehung einer Reihe von OSZE-Institutionen geführt, vom BDIMR, den Missionen und anderen Vor-Ort-Aktivitäten über den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten bis zum Beauftragten für Medienfreiheit und den Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten, deren Tätigkeit von einem jährlich wechselnden Vorsitz und einem relativ schwachen Sekretariat unter der Leitung des Generalsekretärs koordiniert werden soll. Um dies auch quantitativ zu verdeutlichen: Im Frühjahr 1999 stand den insgesamt 5.459 Beschäftigten (einschließlich von Ortskräften) in den Vor-Ort-Aktivitäten der OSZE ein gerade 230köpfiges Sekretariat gegenüber. Wer vor diesem Hintergrund für eine stärkere regionale Abstimmung von OSZE-Aktivitäten eintritt - und davon ist nicht nur Südosteuropa betroffen, sondern auch der zentralasiatische und der kaukasische Bereich -, der wird kaum die Notwendigkeit leugnen können, das Sekretariat sowohl materiell als auch hinsichtlich seiner organisatorischen und politischen Kompetenzen besser auszustatten. Dazu bedarf es des Konsenses aller Teilnehmerstaaten,

darunter auch jener, die einer Stärkung des Sekretariats und des Generalsekretärs bisher eher skeptisch gegenüber gestanden haben. Wenn aber das gemeinsame Ziel, nämlich wirksame Krisenprävention und Konfliktnachsorge zu leisten, nicht gefährdet werden soll, sind Schritte zur organisatorisch-politischen Stärkung der OSZE unabdingbar.

Die OSZE braucht die Initiative ihrer Teilnehmerstaaten

Gerade eine Organisation mit einer vergleichsweise schwachen Struktur und Ausstattung wie die OSZE ist auf die Beiträge ihrer Teilnehmerstaaten besonders angewiesen. Das gilt für die Bereitstellung von qualifiziertem Personal und freiwilligen finanziellen Beiträgen ebenso wie für das Maß an politischer Zuwendung und Initiative, das ein Land in diese Organisation zu investieren bereit ist. Die beiden deutschen Regierungsparteien haben in ihrer Koalitionsvereinbarung vom Oktober 1998 mehrfach ihren Willen unterstrichen, mehr für Konfliktprävention im allgemeinen und die OSZE im besonderen zu tun. Wie die Fakten zeigen, hat die Bundesregierung Wort gehalten, auch unter dem strengen Einsparungsdruck, dem sich kein Ressort entziehen kann. Seit 1. Juli 1999 arbeitet im Auswärtigen Amt ein Koordinator für die Ausbildung von Personal für zivile Friedenseinsätze von OSZE und VN. Der Pilotkurs, speziell auf die Bedürfnisse künftiger Mitglieder der Kosovo-Mission zugeschnitten, konnte bereits im Juli 1999 abgehalten werden. Im kommenden Jahr soll jeden Monat ein solcher 14tägiger Kurs für 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer durchgeführt werden. Längerfristig soll dieses Ausbildungskonzept, zu dessen Ausgestaltung Forschungseinrichtungen und nichtstaatliche Organisationen beitragen, sowohl inhaltlich differenziert als auch international geöffnet werden. Das Ziel dieser Aktivitäten besteht darin, mittelfristig eine qualifizierte Personalreserve aufzubauen, auf die bei künftigen Präventionseinsätzen zurückgegriffen werden kann.

Präventive Politik erschöpft sich nicht in der Ausbildung, auch wenn diesem Thema zentrale Bedeutung zukommt. Längerfristig kommt es darauf an, den politischen Entscheidungsprozeß derart umzugestalten, daß Frühwarnsignale weit oben in der Hierarchie eingespeist werden können. Dazu sind spezifische Schritte zur Vorbereitung auf künftige Präventionseinsätze notwendig, diese werden aber erst vor dem Hintergrund eines allgemein geschärften Bewußtseins für die Vorzüge ziviler Prävention vor militärischem Krisenmanagement voll zum Tragen kommen. Zur Schaffung eines solchen Bewußtseins, aber auch zur Bereitstellung spezifischer und differenzierter Information brauchen wir eine praxisorientierte Forschung zu Präventionsfragen und zur Tätigkeit der OSZE. Die Bundesregierung begrüßt deshalb die Initiative, in Hamburg ein

OSZE-Forschungszentrum zu errichten. Sie wird entsprechende Bemühungen nachdrücklich fördern.

Im heutigen Europa ist Krieg kein schicksalhaftes Ereignis

Krieg ist ein spektakuläres, in perverser Sinne "mediengerechtes" Ereignis. Krisenprävention ist das nicht. Krieg und Bürgerkrieg repräsentieren ein reaktives Muster des Konfliktaustrags, das seit Jahrtausenden eingeübt ist und weithin immer noch als *ultima ratio* gilt. Prävention ist etwas Neues, das auf einem neuen Wertekanon fußt und vorausschauendes Denken und vor allem proaktives Handeln erfordert. Das ist schwerer als bloßes Reagieren. Dennoch: Zehn Jahre Erfahrung mit einer Reihe blutiger Konflikte nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation sollten ausreichen, um diese Hürde zu überwinden. Denn die Binsenweisheit, daß Prävention nicht nur viel menschliches Leid erspart, sondern einfach billiger ist und damit aus rein ökonomischer Sicht eine gute Investition darstellt, bestreitet ja niemand. Und wo die potentiellen Krisenherde in Europa liegen, ist wohl bekannt. Es kommt darauf an, und das ist die wichtigste Lehre aus dem Kosovo-Konflikt, den Sprung vom Wissen zum präventiven Handeln zu schaffen.